



LER
Landeselternrat der
Gesamtschulen in NW e.V.

SLVGE NRW
Schulleitungsvereinigung der
Gesamtschulen in NRW

GGGNRW
Gemeinnützige Gesellschaft Ge-
samtschule NRW e.V.

Pressemitteilung 27.2.09 – Langfassung
Sperrfrist 12.00 Uhr

Erneuter Anstieg der Anmeldungen an Gesamtschulen – immer mehr leistungsstarke Schülerinnen und Schüler

Gemeinden wollen mehr Gesamtschulen – die Landesregierung bremst

Die Gesamtschule boomt trotz aller Hindernisse aus dem Schulministerium. Landesweit wurden 24,7 % der Viertklässler angemeldet. Die Gesamtschulplätze reichen bei Weitem nicht aus. Mehr als 14 600 Kinder müssen wegen Platzmangels abgelehnt werden. Aber nicht nur die Anzahl, auch die Verteilung der Anmeldungen entwickelt sich positiv.

Die Gesamtschulen verzeichnen landesweit einen Zuwachs von Schülerinnen und Schülern, denen durch Zeugnisvergabe der Grundschulen „[gymnasiale Eignung](#)“ prognostiziert wird.

Ein gewichtiger Grund für die Anmeldung an Gesamtschulen ist die Entscheidung dieser Eltern den „G 8 – Zug“ an den Gymnasien zu meiden. Schon in den Informationsveranstaltungen der Gesamtschulen offenbarten sich in den Gesprächen die Befürchtungen, Kinder mit einem zu dicht gedrängten Lehrplan, Lerndruck und mangelnden Ganztagskonzepten zu überfordern. Gerade bildungsbewusste Eltern erwägen während der Schullaufbahn auch Angebote außerschulischer Art für ihre Kinder, wie Auslandsaufenthalte oder private Nachmittagsangebote. Wichtig ist den Eltern darüber hinaus nicht nur eine Versorgung ihrer Kinder in der Mittagszeit, sondern ein rhythmisiertes Angebot aus Fachstunden und Freizeitangeboten, wie es an den Gesamtschulen schon seit ihrem Bestehen üblich ist.

Die Zahl der „[realschulgeeigneten Kinder](#)“ ist weiterhin die zahlenmäßig größte Gruppe, die sich an den Gesamtschulen anmelden möchte, aus diesen Gruppen müssen traditionell die meisten Kinder abgelehnt werden.

Kinder mit der Empfehlung „Hauptschule“ können gleichfalls nicht alle an den Gesamtschulen aufgenommen werden. So ergibt sich, dass benachbarte Hauptschulen ihre Aufnahmen zum Teil nur aus Schülergruppen beziehen, die zuvor nicht an einer integrierten Gesamtschule aufgenommen werden konnten.

Neben dem Landestrend gibt es interessante regionale Unterschiede:

In Solingen entscheiden sich die Eltern der Viertklässler zu 55,0 % für die Gesamtschulen und haben ihr Kind dort angemeldet.

In Hemer gab es zur Anmeldezeit noch keinen rechtsgültigen Errichtungsbeschluss. Trotzdem: Über 50 % der Eltern meldeten ihr Kind an der zu gründenden Hemeraner Gesamtschule an.

Mit den Kreisen Kleve, Neuss, Viersen, Wesel, Rhein-Sieg, Warendorf, Siegen-Wittgenstein und Soest gibt es acht Kreise, in denen mehr Kinder abgelehnt werden müssen als aufgenommen

werden können. Die Forderung aus Sicht der Eltern kann nur in einer Erweiterung des Angebots bestehen.

Aber es gibt auch in NRW die Gesamtschuldiaspora:

Münster ist die einzige kreisfreie Stadt in NRW ohne eine öffentliche Gesamtschule. Wie lange eigentlich noch?

Auch in den Kreisen Borken, Höxter, Olpe und Hochsauerland gibt es keine Gesamtschule und damit auch keine dokumentierte Nachfrage.

Was geschieht nun angesichts des überbordenden Elternwunsches?

Der Unmut unter den Eltern in NRW wird immer größer. Trotz Schulformempfehlung und anschließender Schulformwahl ist für 14.636 Kinder der Weg in die Gesamtschulen versperrt!

Eltern stimmen mit den Füßen für die Gesamtschulen ab: für deren integrative Konzepte, für den rhythmisierten Ganzttag, für ein offen gehaltene Schullaufbahn, für ein Abitur nach 9 Jahren und ganz eindeutig gegen das schulpolitische Chaos der Landesregierung in NRW!

Gegen eine Schulpolitik, die an der Realität vorbei geht.

Wenn eine Gemeinde erwägt, eine Gesamtschule zu errichten: Der Besuch des Staatssekretärs steht ins Haus. Aber nicht alles lässt sich aufhalten, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Hemer: Eltern machen Gesamtschule!

Getragen von der Überzeugung für ihre Kinder eine Schule für Alle durchzusetzen, kämpfen sie gegen alle Widerstände für die Errichtung einer Gesamtschule vor Ort. Unterstützt werden sie in ihrem Wunsch vom CDU-Bürgermeister. Das Ergebnis: 186 Kinder werden angemeldet, davon 42 mit einer Gymnasialempfehlung. Mit immer neuen Verfahrensfragen und juristischen Einwänden sollen die Eltern verunsichert und die Gesamtschule Hemer verhindert werden. Die Kraft der Eltern, die Standhaftigkeit des Bürgermeisters und die Unterstützung von außen führen letztendlich doch zum Erfolg.

Bonn: Wer macht das Abitur?

Die Stadt Bonn betrieb ein Anmeldeverfahren zur Errichtung einer vierten Gesamtschule. Dass die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl (112 bei Vierzügigkeit) erreicht wurde, bestreitet niemand. Aber unter den Angemeldeten fanden sich „nur“ 30 Kinder mit einer Empfehlung für das Gymnasium und damit fehlen nach Rechtsauffassung des Schulministeriums 8 (acht!) mit der „Eignung“ für Gymnasium. Diese eigenwillige Interpretation der Gesetzeslage durch die obersten Schulbehörde führt dazu, dass die Bezirksregierung Köln eine Neugründung versagt. Die gute Nachricht: Die Stadt Bonn klagt!

Siegburg: Eltern erzwingen Bedarfserhebung

Im Jahr 2008 wurden für eine Gesamtschule in Siegburg leider nicht die notwendige Anzahl von 112 Kindern angemeldet, nicht zuletzt, weil Anmeldungen aus Nachbargemeinden nicht mitgezählt wurden. Die Eltern gaben sich damit nicht zufrieden, sondern forderten eine Gesamtschule in Trägerschaft des Kreises und klagten ihr Recht ein. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Köln wird zwar die Klage der Eltern gegen den Kreis ablehnend beschieden, die Verantwortung wird mit folgender Feststellung jedoch an die Gemeinden und an die Bezirksregierung zurückgegeben:

„Können die Voraussetzungen für die Errichtung einer Gesamtschule nur durch Schüler mehrerer Gemeinden gesichert werden, sind diese Gemeinden insoweit gem. §80 Abs. 4 SchulG zu einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung verpflichtet und muss die Bezirksregierung als obere Schulaufsichtsbehörde bei Zweifeln über diese Pflicht entscheiden.“

Es bleibt abzuwarten, in welchem Verbund im Rhein-Sieg-Kreis im Jahr 2010 eine Gesamtschule errichtet wird, evtl. mit Unterstützung oder auf Anweisung der Bezirksregierung Köln.

Das aktuelle Anmeldeverfahren beweist, dass politisch motivierte Angriffe die Meinungsbildung der Eltern nicht beeinflussen. Konsequenz daraus ist die dramatisch hohe Zahl der Ablehnungen an den Gesamtschulen und die Folgen für Eltern und Kinder!

Wie lange will die Landesregierung das noch aussitzen?

Eltern sind Wähler!

Wir fordern die Landesregierung auf, nicht nur den Elternwillen ernst zu nehmen, sondern auch Aussagen ihrer eigenen schulpolitischen Leitlinien: „Die CDU Fraktion.....steht nicht nur zu unseren Grundschulen, sondern auch zu unseren HS, unseren RS, unseren GYM, **unseren GE**, unseren FS und Berufskollegs.“